

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden
Verleger: K. L. Wittenberg
Redaktion: Dresden, Postfach 10011

Bezugspreis vom 1. 8. 28 bis 31. 8. 28 bei wöchentlichem Abonnement 1.70 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach dem Tarif berechnet; die einseitige 30 mm breite Seite 25 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außer- halb 20 Pf., die 90 mm breite Seite 200 Pf., außerhalb 250 Pf. Ciffranzahlungen 30 Pf.
Kundliche Anträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Kersch & Reichert,
Dresden, Postfach 10011
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdner Nachr.) zulässig. Unberechtigter
Schreibstil werden nicht aufbewahrt

Beitritt Rußlands erwünscht!

Die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes steht allen Staaten offen

London, 24. August. Der Sonderkorrespondent der „Times“ an Bord des Dampfers „Nile de France“ meldet, er könne zuverlässig mitteilen, daß Kellogg seine Zustimmung dazu gegeben habe, daß der Vertrag an dem Tage nach der Pariser Zeremonie für alle anderen Mächte zur Unterzeichnung offen stehen soll, und daß die amerikanischen Botschafter oder Gesandten den Wortlaut des Vertrages der Regierung des Landes, bei dem sie beauftragt sind, übergeben, ihnen offiziell Mitteilung von der Unterzeichnung durch 15 Mächte machen und sie einladen werden, dem Vertrag beizutreten. Die 48 Länder, mit denen die Vereinigten Staaten offizielle diplomatische Beziehungen haben, würden eingeladen werden. Auch Sowjetrußland werde eingeladen werden, aber, um jeden Anchein einer offiziellen Anerkennung des Sowjetregimes zu vermeiden, hätten die Vereinigten Staaten den Ausweg gewählt, Frankreich zu gestatten, die Einladung auf Sowjetrußland auszuweiten. Ebenso werde China eingeladen werden, trotzdem es von den Vereinigten Staaten nur de facto anerkannt ist.

Kellogg in Paris eingetroffen

Le Havre, 24. Aug. Der Dampfer „Nile de France“, auf dem sich Staatssekretär Kellogg und der kanadische Außenminister Madenzie King befinden, ist um 8,30 Uhr in den Hafen eingelaufen. (S. T. B.)
Vormittags 10,05 Uhr traf Kellogg in Begleitung seiner Gattin und des kanadischen Ministerpräsidenten Madenzie King auf dem Bahnhof Paris-Vaugare ein, wo sie von dem amerikanischen Botschafter Herrick, dem kanadischen Ge-

sandten und einem Vertreter der französischen Regierung empfangen wurden. Staatssekretär Kellogg begab sich mit seiner Gattin nach der amerikanischen Botschaft, wo sie während ihres Pariser Aufenthaltes Gäste vom Botschafter Herrick sind.

Geht Reichskanzler Müller nach Genf?

Berliner Blätter erklären, Dr. Stresemann habe den Wunsch geäußert, daß Reichskanzler Hermann Müller die Führung der deutschen Delegation übernehmen solle. Der Reichskanzler soll jedoch Bedenken dagegen geäußert haben, da er es nicht für ratsam halte, solange von Berlin fortzubleiben. — Der „Vorwärts“ hält es nicht für ausgeschlossen, daß Reichskanzler Müller die Führung der deutschen Völkerbundsabordnung übernimmt. Die Entscheidung in dieser Frage wird erst fallen.

Die vaterländischen Verbände zum Kriegs- sühnungspakt

Von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Deutschlands geht uns folgende Rundgebung zu: „Wir nationalen Deutschen sind viel friedliebender als die meisten ausländischen Staatsmänner, die jetzt den Kriegssühnungspakt unterschreiben wollen. Wir erklären es aber für widerständig, auf dem Papier einen neuen Friedenspakt zu schließen, ohne zugleich die Kriegsursachen zu beseitigen. Wir verlangen deshalb als Vorbedingung für einen Dauerfrieden nicht nur die Räumung des Rheinlandes und Aufhebung der Dammfront, sondern auch Wiederherstellung der deutschen Grenzen und Rückgabe unserer Kolonien als Lebensnotwendigkeit unseres Volkes, das sonst zur Verzweiflung getrieben werden muß.“

Pariser Unfreundlichkeiten gegen Stresemann

Briand, ein schlechter Diener des Friedens

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 24. August. Der Gedanke, mit dem deutschen Außenminister über die Frage der Rheinlandräumung sprechen zu müssen, scheint dem französischen Außenminister Briand außerordentlich unangenehm zu sein. Auf offenkundige Äußerung des Quai d'Orsay schlägt die Pariser Presse jetzt einen Ton an, den man als sehr eigenartig bezeichnen muß. Im gleichen Moment, wo sich Dr. Stresemann nach Paris zu reisen wird, wird ihm von den französischen Zeitungen vorgehalten, daß durch seine Schuld die bekannten Besprechungen von Thoiry zu keinem positiven Abschluß gekommen wären, daß die Räumungsfrage längst erledigt sein könnte, wenn sich Deutschland bereitgefunden hätte, Frankreich entsprechende Gegenleistungen vorzuschlagen. Angesichts solcher Unhöflichkeiten muß man den Kreisen in Deutschland recht geben, die die Pariser Reise Dr. Stresemanns von Anfang an als verfehlt bezeichneten, denn diese Auslassungen haben vom Geist der Verhandlungsbereitschaft wirklich sehr wenig an sich.

Zudem sind sie sachlich noch ganz und gar falsch, denn daß die Besprechungen von Thoiry, in denen Dr. Stresemann Frankreich Deutschlands finanzielle Hilfe für die Frankensabilisierung als Gegenleistung für die Räumung der Rheinlande anbot, nicht weiter kamen, lag daran, daß der französische Ministerpräsident Poincaré das Rheinland nicht freigeben, und sodann die Frankensabilisierung aus eigener Kraft vollbringen wollte. Der Gedanke, sich von Deutschland, gegen das er Jahrzehnte den Revanchekrieg gepredigt und dann auch im Verein mit anderen Kriegshörnern erreicht hatte, bei der Frankensabilisierung helfen lassen zu müssen, war ihm so unerträglich, daß er, wie man weiß, seinen Außenminister Briand einfach desavouierte.

In sehr schroffem Tone erklären dann die Pariser Blätter weiter, daß Dr. Stresemann doch nicht die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes mit der Frage der Rheinlandräumung verknüpfen dürfe, da diese Dinge nichts miteinander zu tun hätten. Dazu ist deutscherseits festzustellen, wenn jetzt der deutsche Außenminister, den seine Kräfte noch nicht für soweit wiederhergestellt halten, daß sie ihm eine Reise nach Genf erlauben können, schon die Strapazen, die eine Reise nach Paris bei seinem Gesundheitszustand für ihn bedeutet, auf sich nimmt, so ist es ganz natürlich, daß er, da er eben sonst weiter keine Gelegenheit hat, mit dem französischen Außenminister persönlich zu sprechen, versuchen wird.

Herrn Briand zu fragen, wie er sich denn nun eigentlich eine Weiterschaltung der deutsch-französischen Annäherungspolitik denke, deren erste Voraussetzung die Befreiung des deutschen Rheinlandes von der französischen Soldateska sein muß.

Die Räumung der Rheinlande ist für die deutsche Außenpolitik mit ihrer einmal eingeschlagenen Westorientierung eine Angelegenheit von allerhöchster Bedeutung, weil eben das persönliche Prestige Dr. Stresemanns, der sich zu so

vielem Entgegenkommen gegenüber Frankreich bereitgestellt hat, auf dem Spiele steht. Es ist auch sehr bedenklich, daß das über den geistigen französischen Ministerialrat ausgegebene Kommuniqué davon spricht, man würde in Paris über die Räumung nicht reden können, weil sie eine Angelegenheit sei, die mit den drei Besatzungsmächten Frankreich, England und Belgien und nicht lediglich mit Frankreich abzumachen sei. Da braucht man wohl nur auf das englisch-französische Notenanbieten hinzuweisen, in dem England sich hinsichtlich der Besatzungsangelegenheiten vollkommen dem französischen Standpunkt unterwirft. Was Frankreich, das jetzt in den Besatzungsfragen das Heft in der Hand hat, tut, dazu werden sich auch England und Belgien bereitfinden. Nur an Frankreich allein liegt es jetzt noch, wenn deutsches Land weiter besetzt bleiben muß. Jedenfalls bleibt die Tatsache bestehen, daß die Melodie, die zum Empfang des deutschen Außenministers in Paris angestimmt wird, eine ganz und gar unfreundliche ist.

Ein neuer Deffeldzug

Paris, 24. August. Das „Echo de Paris“ setzt am Freitag seinen Kampf gegen die Rheinlandräumung fort. Für die Aufrechterhaltung der französischen Besetzung führt das Blatt dabei in erster Linie die Unmöglichkeit an, das Rheinlandpand gegen eine andere wirkliche Sicherheit einzutauschen. Man dürfe sich über die Wirksamkeit eines Kontrollsystems, das nach der Räumung bis zum Jahre 1935 vorzulegen sei, keinen Trugschlüssen hingeben. Die internationalen militärischen Kontrollkommissionen hätten nur eine scheinbare Abrüstung erreicht. Damit eine Rheinlandkontrolle wirklich nutzbringend sei, müsse sie in der Lage sein, nicht nur zu benachrichtigen und zu warnen, sondern nötigenfalls auch Maßnahmen zur Sicherung zu ergreifen, so zur

Beförderung der Rheinbrücken
ohne die ein deutscher Einfall nicht möglich sei. Ohne Sicherheiten gegen einen Angriff Deutschlands dürfe eine vorzeitige Räumung nicht erfolgen. Trotz der Bemühungen Genfs und anderer Stellen sei in dieser Richtung noch nichts geschehen. Seit 1919 habe die deutsche Gefahr ständig zugenommen. Es sei Deutschland gelungen, eine Armee zu bilden, mit der man unbedingt in Europa rechnen müsse. Seine industrielle Ueberlegenheit, sein Volkseinkommen, seine moralischen Kräfte und sein Kriegspotential würden es ihm ermöglichen, nach einigen Wochen der Vorbereitung einen noch fürchterlicheren Krieg als im Jahre 1914 zu entfesseln. Zum Schluß führt das Blatt als weitere Argumente für die Fortdauer der Besetzung die angebliche Gefährdung Polens und die Anschließfrage an. — Derart lächerliche Lügen gelten anscheinend in Frankreich als besonders würdige Vorbereitung für die Unterzeichnungsfestlichkeiten.

Kroatiens Kampf gegen die Balkanisierung

Der Generalsekretär der kroatischen Bauernpartei, Krnjewitsch, über die Ziele des kroatischen Volkes

Berlin, 24. August. Der Generalsekretär der kroatischen Bauernpartei, Dr. Krnjewitsch, der einjüngig anlässlich der Tagung der Interparlamentarischen Union in Berlin weilende kroatische Abgeordnete, erklärte in einer Unterredung:

„Ich sehe meine Aufgabe darin, die Weltöffentlichkeit darüber aufzuklären,

1. daß Angehörige des Belgrader Rumpfparlaments kein moralisches Recht haben, auf einer Konferenz wie der der Interparlamentarischen Union über Verständigung und Völkerbrüderung zu reden, in dessen führenden Parteien nicht nur das Attentat auf Stefan Raditsch organisiert worden ist, sondern auch noch zwei Männer sitzen, von denen erwiesen ist, daß sie das Verbrechen in der Skupstina mit vorbereitet haben;

2. daß das Belgrader Rumpfparlament kein Recht hat, das kroatische Volk zu vertreten;

3. sehe ich meine Aufgabe darin, zu erklären, daß die Politik Raditsch mit aller Energie fortgesetzt werden wird;

4. wünsche ich die Weltöffentlichkeit über die wahren Ursachen des Attentats auf Stefan Raditsch aufzuklären.

Zu diesem letzten Punkt äußerte sich Dr. Krnjewitsch im einzelnen wie folgt: Raditsch sei nie ein Feind Serbiens gewesen. In den beiden Jahren 1900 und 1901 hat Raditsch in Semlin an der serbisch-kroatischen Grenze als Korrespondent Prager und Pariser Zeitungen gelebt, eigens, um das öffentliche Leben in Serbien zu studieren. In dieser Zeit weilt er fast täglich in Belgrad. Unter allen Kroaten und Slowenen war er demzufolge zur Zeit des Sturzes Oesterreich-Ungarns der einjüngig und beste Kenner der serbischen Verhältnisse. Aber schon damals war er überzeugt, daß

Kroaten und Serben zwei Völkern

bedeuten, obwohl sie fast die gleiche Sprache sprechen. Deshalb hätte er vorgeschlagen, daß Serben und Kroaten innerhalb gemeinsamer Grenzen zu einem Staatswesen verbunden werden; einen einzigen Staat aber mit nur einem Parlament, einer Legislative und einer Regierung hielt er für ausgeschlossen. Alle Einrichtungen des öffentlichen Lebens, so erklärte er schon damals, seien zwischen Serbien und Kroaten so verschieden, daß ein Zusammenleben zu ermöglichen, in dieser Staatsgemeinschaft neben Serbien Kroaten als gleichberechtigter Staat existieren müsse. Die führenden Serbier aber und ein Teil der kroatischen Intelligenz, dem selber die Verhältnisse in Serbien nicht bekannt waren, wandten sich gegen diese Gedankengänge, und dieser Teil der kroatischen Intelligenz, der 1918 im Nationalrat in Zagreb nicht vom Volke gewählt, sondern von den überkommenen Parteien des alten kroatischen Sabor ernannt war, hatte mit den serbischen Parteien

ohne Zustimmung des kroatischen Volkes eine zentralistische Regierung in Belgrad gebildet.

Diese Regierung hat nun im Laufe von zehn Jahren mit Mitteln, die nur im Balkan bekannt und möglich sind, die Zentralisierung durchgeführt und alle kroatischen öffentlichen Institutionen zu balkanisieren versucht. Seit dem Beginn des S. D. S.-Staates sind viermal Wahlen ausgeschrieben worden; bei allen diesen Wahlen hat das kroatische Volk dem nun verstorbenen Raditsch recht gegeben und immer nur seine Kandidaten gewählt.

Raditsch versuchte nach den Wahlen von 1920 und 1923 mit den Repräsentanten von Serbien auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verhandeln. Diese Verhandlungen schlugen fehl. Nach ihrem Scheitern verließ Raditsch Jugoslawien, um die Freunde Kroatiens und Serbiens darüber aufzuklären, daß der jugoslawische Staat nur unter der Gleichberechtigung von Kroaten und Serbien möglich sei. Überall wurde ihm zur Antwort, er möge ins Parlament gehen und dort mitarbeiten versuchen, dann werde er alles das erreichen, was durch eine Intervention der Freunde der jugoslawischen Gemeinschaft zu erreichen nicht opportun sei. Die Kroaten folgten diesem Rat, und vom Jahre 1924 bis 1928 haben sie alle möglichen Versuche gemacht, um durch Mitarbeit in der Skupstina das unverändert gebliebene Ziel des kroatischen Volkes zu erreichen.

Die Taktik der Serbier aber ging unterdessen weiter dahin, Raditsch und seine Anhänger zu diskreditieren. Es wurde ihnen vorgeworfen, daß sie mit den Volkswissenschaften konspirierten. Am Neujahrstage 1925 wurden Raditsch und die gesamte Leitung der kroatischen Bauernpartei verhaftet und wegen angeblichen Staatsverrats

den Gerichten überantwortet. Die Untersuchung dauerte einen Monat, aber alle Gerichte von der ersten bis zur letzten Instanz mußten erklären, daß die Anklage unbegründet sei. Raum waren die kroatischen Führer auf freien Fuß gesetzt, als sie von der Polizei erneut verhaftet und in der Zagreber Polizeifesterne noch sechs Monate lang interniert wurden. Gleichzeitig wurden alle kroatischen Organisationen aufgelöst, die kroatischen Zeitungen verboten, — und als im Februar 1925 Neuwahlen durchgeführt wurden, erhielt der arretrierte Raditsch wiederum sämtliche kroatischen Mandate. Der damalige Ministerpräsident Pafitsch sah dann ein, daß er mit den Kroaten verhandeln müsse. Raditsch beschloß, die Regierungsform anzuerkennen und ins Parlament zu gehen, um dort, dem Rat der Freunde im Auslande folgend, den Kampf um die unverändert gebliebenen Ziele des kroatischen Volkes mit parlamentarischen Mitteln fortzusetzen. Zur gleichen Zeit aber kamen die Radikalen, die größte serbische Partei, auf die Idee, Raditsch und seine Gesinnungsgenossen aus dem Parteipräsidium herauszudrängen und sie ihrer Mandate für verlustig zu erklären, wobei trotz des Freispruchs der Gerichte erneut der Vorwurf strafbarer

Beziehungen zum Bolschewismus
erhoben wurde. Man glaubte, Raditsch nunmehr um so sicherer treffen zu können, als seine Partei in der Regierung lag. Gleichzeitig versuchte man, die Exponenten der Serbier in